



Europawahl

Brief des Generalsekretärs

Liebe Freunde,

der Wahlkampf für die Wahlen zum Europäischen Parlament am 13. Juni geht auf die Zielgerade. Alle Umfragen zeigen, dass die Union gute Chancen hat, national wieder klar vorne zu liegen und damit einen Beitrag zu einer bürgerlichen Mehrheit im EP zu leisten. Dies wäre ein wichtiges Signal für ein Europa der Bürger und gegen das Chaos von Rot-Grün. Gleichzeitig kann der 13. Juni mit Europawahl, Landtagswahl in Thüringen und fünf Kommunalwahlen uns zusätzlichen Rückenwind für weitere, wichtige Wahlen in diesem Jahr geben. ▶

INHALT

„Forum Wachstum“:
Deutschland braucht ein
nachhaltiges, dauerhaftes
Wachstum

Seite 6-7

Zuwanderung wird
gesteuert und begrenzt.
Union schafft mehr
Sicherheit.

Seite 10-11

► Die Mobilisierung unserer eigenen Anhänger ist entscheidend. Darauf müssen wir unsere Kräfte in den verbleibenden Tagen konzentrieren. Wenn es zu der erwarteten, eher niedrigen Wahlbeteiligung kommt, wiegt jede Stimme doppelt. Deshalb bitte ich Sie herzlich, alle Ihre Möglichkeiten zu nutzen, um unsere Anhänger zur Stimmabgabe zu motivieren.

Die Bundespartei hat am 1. Juni ein neues Wahlkampfformat gestartet. In den letzten beiden Wochen werden auf deutschen Autobahnen so genannte LKW-Roadposter unterwegs sein. Seit Donnerstag dieser Woche ist außerdem unser Kinospot „Deutschland hat die Nase voll. Von Rot-Grün“ in über 500 Kinosälen zu sehen. Beide Aktionen sollen – ebenso wie die Plakatstörer – die Zuspitzung der Wahlentscheidung gegen Rot-Grün unterstützen.

Diesem Ziel dienen auch drei zusätzliche Flugblätter, die im CDUnet bereitstehen und die in unterschiedlicher Form die Wahlentscheidung akzentuieren. Nutzen Sie diese Möglichkeiten, mit unseren Botschaften zu mobilisieren.

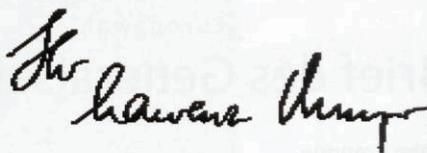
Ich möchte Sie auch darauf hinweisen, dass alle Landes-, Bezirks- und Kreisverbände sowie alle Funktions- und Mandatsträger zu Beginn der kommenden Woche per E-Mail einen Wahlaufdruck erhalten mit der Bitte, diesen auch über ihre eigenen E-Mail-Verteiler an Mitglieder und Anhänger der

CDU weiterzuleiten. Wir werden in der Schlusswoche den Wahlaufdruck mit Anzeigen in der BILD-Zeitung begleiten.

Ein Höhepunkt des Wahlkampfes wird unsere Abschlusskundgebung am 11. Juni in Oberhausen sein. Alle Kreisverbände wurden dazu eingeladen, alle können dazu beitragen, dass diese Veranstaltung eine eindrucksvolle Demonstration für unsere Sache wird. Werben Sie dafür, dass möglichst viele Ihrer Mitglieder in Oberhausen dabei sind. Anmeldungen für Mitglieder sind auch online möglich unter www.cdu.de.

Liebe Freunde, die Europawahl kann ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zu einer neuen politischen Mehrheit in Deutschland sein. Nutzen wir diese Chance und mobilisieren wir gemeinsam unsere Anhänger, ihre Überzeugung am 13. Juni durch die Stimmabgabe auszudrücken – Deutschland und Europa zuliebe.

Mit freundlichen Grüßen



Laureenz Meyer

IMPRESSUM

UID

UNION IN DEUTSCHLAND – Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Für den Inhalt verantwortlich: Harald Walter, Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin, Telefon 030-22070-372, e-mail: uid@cdu.de, Verlag: Union Betriebs GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach, Telefon 0 22 26-8 02-0, Telefax 0 22 26-8 02-1 11-3 33. Vertrieb: Telefon 0 22 26-8 02-213, e-mail: oliver.murmann@ubg-medienzentrum.de. Verlagsleitung: Bernd Proffittlich. Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510183 (BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 32,00 € Einzelpreis 1,00 €. Abbestellung schriftlich oder per e-mail nur unter Einhaltung einer Frist von 3 Monaten zum Quartalsende. Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.

Am 13. Juni haben Sie die Wahl:

Für ein Europa der Bürger

- + **Für mehr Wachstum:** Wir kämpfen für ein Europa, das auch in Deutschland mehr Arbeitsplätze bringt.
- + **Für eine handlungsfähige Gemeinschaft:** Wir wollen nicht, dass die EU mit weiteren Beitrittsverhandlungen überfordert wird.
- + **Für mehr Sicherheit:** Wir arbeiten für ein Europa, das schneller vorankommt beim gemeinsamen Kampf gegen Kriminalität und Terror.
- + **Für starke Regionen und Kommunen:** Wir stehen für ein Europa, das sich auf wichtige Gemeinsamkeiten konzentriert und den Menschen vor Ort keine überflüssigen Vorschriften macht.

Gegen das rot-grüne Chaos

- **Gegen Chaos auf dem Arbeitsmarkt:** Erst werden große Reformen angekündigt, dann aber nur dilettantisch umgesetzt. Immer enden sie bei Rot-Grün mit weniger Arbeitsplätzen.
- **Gegen Chaos bei Steuern und Abgaben:** Erst wird über die Abschaffung des Sparerfreibetrages geredet, dann über eine Pkw-Maut. Immer endet es bei Rot-Grün mit einem Griff in die Taschen der Bürger.
- **Gegen Chaos bei den Finanzen:** Erst wird Sparen angekündigt, dann noch mehr Schulden gemacht. Immer endet es bei Rot-Grün mit neuen Milliardenlöchern.
- **Gegen Chaos bei der Rente:** Erst wird private Vorsorge gefordert, dann wird sie bestraft. Immer endet es bei Rot-Grün mit zerstörtem Vertrauen.

Am 13. Juni

CDU



Deutschland und Europa zuliebe!

Europa 2004: Deutschland kann mehr.

Besser für die Menschen.



CDU

Bessere Alternativen!

SPD

Durch chaotische, planlose Politik tausende Unternehmen in die Pleite getrieben und Wachstum abgewürgt.

Über 4,4 Millionen offizielle Arbeitslose. Jeden Tag fallen über 1.000 Arbeitsplätze weg.

SPD lässt neue Länder im Stich: Ost-Fördermittel sinken um zwei Drittel.

Fast jeden Tag neue Vorschläge: Sparerfreibetrag weg, die Ausbildungsplatzabgabe soll kommen.

1999 bis 2004 rund 190 Mrd. Euro neue Schulden. SPD verspielt die Zukunft unserer Kinder.

Desaster mit der Lkw-Maut. Jetzt wollen SPD-Minister auch noch eine Pkw-Maut.

Wirtschaft

Klare Linie schafft Vertrauen: Mehr Freiheit durch weniger Bürokratie. Mehr Wachstum durch bessere Bedingungen für den Mittelstand.

Arbeit

Mehr Anreize schaffen: Wer arbeitet muss mehr haben als wenn er nicht arbeitet.

Aufbau Ost

Mehr Investitionen durch Förderung strukturschwacher Regionen in Ost und West.

Steuern

Große Steuerreform:
Niedriger, einfacher, gerechter.

Haushalt

Verlässlicher Sparkurs für eine bessere Zukunft. Unionsgeführte Länder zeigen, wie es geht.

Maut

Autofahrer sind nicht die Melkkühe der Nation. Schon heute sind zwei Drittel des Benzinpreises Steuern.

CDU

Gegen rot-grünes Chaos.

13. Juni Europawahl



Europa 2004: Deutschland kann mehr.

Besser für die Menschen.



CDU

Ihr Horoskop für Sonntag, den 13.6.



Steinbock 22.12. – 20.1.

Momentan geht es drunter und drüber. Das stört Sie – aber wenn jemand etwas gegen das Chaos von Rot-Grün tun kann, dann Sie selbst: Am 13.6. ist Europawahl.



Wassermann 21.1. – 19.2.

Sie sind blockiert und glauben, Sie hätten keine andere Wahl. Haben Sie aber: CDU.



Fische 20.2. – 20.3.

Wenn Rot-Grün endlich von der Bildfläche verschwindet, machen Sie drei Kreuze. Eins dürfen Sie schon mal am 13. Juni machen.



Widder 21.3. – 20.4.

Schönreden hilft nicht – was fehlt, sind Taten: am 13.6. CDU wählen.



Stier 21.4. – 20.5.

Wenn Sie möchten, dass sich etwas ändert, müssen Sie die Dinge schon selbst in die Hand nehmen. Zum Beispiel den Stift in der Wahlkabine.



Zwillinge 21.5. – 21.6.

Sie möchten gern alles richtig machen. Die Stimmabgabe für eine christdemokratische Volkspartei am 13. Juni wäre schon mal ein guter Anfang.



Krebs 22.6. – 22.7.

Gönnen Sie sich am 13. Juni mehr Ruhe und einen Spaziergang. Vielleicht zu Ihrem Wahllokal?



Löwe 23.7. – 23.8.

Manchmal neigen Sie dazu, sich zu verzetteln. Astro-Tipp: Die richtige Partei auf dem Wahlzettel fängt mit C an.



Jungfrau 24.8. – 23.9.

Rot war die Liebe, grün war die Hoffnung. In dieser Beziehung wurden Sie schwer enttäuscht. Wägen Sie einen Neuanfang mit der Europawahl am Sonntag.



Waage 24.9. – 23.10.

Farben spielen für Sie am Sonntag eine entscheidende Rolle! Meiden Sie die Farbkombination Rot-Grün!



Skorpion 24.10. – 22.11.

Sonntag, der 13. könnte Ihr Glückstag sein. Einzige Bedingung: Sie haben Ihr Kreuz bei der CDU gemacht.



Schütze 23.11. – 21.12.

Jemand hat Sie schwer enttäuscht. Zahlen Sie's ihm heim. Am 13. Juni zwischen 8 und 18 Uhr ist die beste Gelegenheit – bei der Europawahl.

Gegen rot-grünes Chaos.

13. Juni Europawahl



CDU

Europa 2004: Deutschland kann mehr.

Besser für die Menschen.



CDU

„Forum Wachstum“

Deutschland braucht ein nachhaltiges, dauerhaftes Wachstum

Wachstum und Arbeit sind die Schlüssel für Wohlstand und soziale Sicherheit. Jedoch fällt Deutschland im internationalen Vergleich seit Jahren zurück. Deshalb hat die Vorsitzende der CDU Deutschlands, Angela Merkel, ein Paket von Maßnahmen für mehr Wachstum gefordert, um so eine neue Gründerphase einzuleiten.

Wachstum sei nötig, damit neue Arbeitsplätze entstehen und Deutschland seinen Wohlstand sichern könne, sagte Angela Merkel auf dem Wachstumskongress der CDU in Erfurt. Tatsache sei jedoch, dass Deutschland beim Wirtschaftswachstum seit Jahren unter dem EU-Durchschnitt liege. Um wieder nach vorne zu kommen, brauche das Land neue politische Rahmenbedingungen, forderte die Vorsitzende.

Wenn es neue technische Entwicklungen gebe, müsse die Politik dazu beitragen, dass sich Innovationen und moderne Arbeitsverhältnisse etablieren könnten, bekräftigte die Oppositionsführerin. Die Unternehmen stünden heute in einem harten

Wettbewerb, in dem flexiblere Bedingungen benötigt würden. Insbesondere im Arbeits- und Steuerrecht, aber auch im Bereich der sozialen Sicherungssysteme seien Anpassungen an die Herausforderungen der Wissensgesellschaft erforderlich.

Angela Merkel machte deutlich, dass der klassische Flächentarifvertrag nicht mehr ausreiche, um der unterschiedlichen Wettbewerbssituation einzelner Unternehmen gerecht zu werden. Deshalb müsse der Gesetzgeber Öffnungsklauseln und betriebliche Bündnisse für Arbeit rechtlich abgesichert durchsetzen. In diesem Zusammenhang sprach sich die CDU-Vorsitzende für ein Zuwanderungsgesetz aus, das den Zuzug der weltweit besten Köpfe nach Deutschland ermögliche. Einer Zuwanderung in die sozialen Sicherungssysteme erteilte Merkel jedoch eine klare Absage.

Auch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe sei „kein Selbstzweck“, unterstrich die Partei- und Fraktionsvorsitzende. Vielmehr gehe es darum,

niedrig bezahlte Tätigkeiten künftig in Deutschland wieder anbieten zu können. Ansonsten gingen diese Arbeitsplätze entweder durch Abwanderung verloren oder die Arbeit würde in Schwarzarbeit erledigt. Um legale Beschäftigung in einem Niedriglohnsektor zu fördern, plädierte Angela Merkel für eine Kombination von staatlichen Transferleistungen und im ersten Arbeitsmarkt erzielten Löhnen. Denn die Union vertrete den Grundsatz: „Wer arbeitet, muss mehr haben, als wenn er nicht arbeitet“.

Außerdem will die CDU die sozialen Sicherungssysteme so umgestalten, dass der Faktor Arbeit beispielsweise von den Kosten für die Krankenversicherung entlastet wird. Alle diese Maßnahmen würden dazu beitragen, die Unternehmen hier zu halten und das Land für Investoren wieder attraktiv zu machen, unterstrich Angela Merkel.

Die CDU-Vorsitzende verwies darauf, dass die neuen Länder bereits an vielen Stellen zukunftsfähige Wege gegangen seien. Insbeson-

dere die Ministerpräsidenten in Thüringen und Sachsen hätten hier eine Vorreiterrolle gespielt. Während die CDU auf die Herausforderungen der Wissensgesellschaft Antworten formuliert habe, könne sich die SPD immer noch nicht entscheiden, wie sie auf die neuen Bedingungen reagieren soll. Deutschland könne es sich jedoch nicht leisten, weiterhin „Experimentierfeld“ einer rot-grünen Bundesregierung zu sein.

Der thüringische Ministerpräsident Dieter Althaus sieht sein Land auf der Überholspur. „Wir haben in den letzten 14 Jahren einen beispielhaften Strukturwandel geschafft“, sagte Althaus in seiner Rede. Inzwischen weise Thüringen mit 8,2 Prozent das höchste Industriewachstum in ganz Deutschland auf dank einer Politik, die den Mittelstand konsequent unterstütze. Auch der Beschäftigungszuwachs von 3,2 Prozent zeige deutlich, dass das Bundesland auf dem richtigen Weg sei.

Dieter Althaus verwies auf das Beispiel Jena um deutlich zu machen, wie positiv sich ein geglücktes Zusammenspiel von Forschung, Entwicklung und Unternehmensansiedlungen auf das Wirtschaftswachstum auswirke. Vorausset-



Angela Merkel, Dieter Althaus, Laurenz Meyer

zung dafür seien jedoch klare politische Rahmenbedingungen, die den Strukturwandel beschleunigten, sagte Althaus. Anstatt sich die erfolgreichen Bundesländer zum Vorbild zu nehmen, verschließe Rot-Grün jedoch die Augen vor der Wirklichkeit und produziere weiterhin nur Stillstand und Arbeitslosigkeit. Von daher könne es niemanden wirklich überraschen, dass sich seit 1998 die Schere zwischen Ost und West wieder öffne.

Ungeachtet des rot-grünen Gegenwindes aus Berlin hat es der Ministerpräsident vor allem wegen seiner mittelstandsfreundlichen Politik erreicht, dass sich das Bundesland als wettbewerbsfähiger Wirtschaftsstandort mitten in Europa behaupten konnte. Neben mehr Freiräumen für Wirtschaft und Technologieförderung engagiert sich der CDU-Politiker für eine qualitätsgerechte

und leistungsfähige Bildungspolitik.

„Das Bildungssystem nimmt eine Schlüsselrolle ein, wenn es um die Zukunftsfähigkeit des Landes geht“, unterstrich Althaus.

Denn insbesondere die Qualität der Bildung entscheide über die dauerhaften Wachstumschancen Thüringens.

Mit Blick auf die Landtagswahl am 13. Juni sagte der Ministerpräsident, die CDU stehe bereit, weiterhin hart für den Erfolg des Bundeslandes zu arbeiten. Zugleich verwies er darauf, dass die Grünen in Thüringen alle wichtigen Zukunftspunkte blockiert hätten. „Die Grünen können zur Zukunftsfähigkeit des Landes nichts beitragen“, versicherte Althaus. Wenn die Menschen die positive Stimmung im Land erhalten sowie eine Politik für Wachstum und Beschäftigung wollten, müssten sie bei der Landtagswahl wieder der CDU ihre Stimme geben. „Wir brauchen keinen Zickzackkurs“, bekräftigte Althaus. Damit es für Thüringen eine gute Zukunft geben könne, seien klare politische Mehrheiten erforderlich.

Gegen US-Dollar als alleinige „Ölwährung“ für den Euro-Raum

Die Europäische Kommission soll als Reaktion auf die Ölpreisentwicklung der vergangenen Monate eine europäische Strategie zur mittelfristigen Stabilisierung der Rohölpreise vorzulegen.

Das fordert der Spitzenkandidat der CDU Deutschlands für die Europawahl und Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament, Hans-Gert Pöttering. In einem Schreiben an die für Energiepolitik zuständige stellvertretende Präsidentin der EU-Kommission, Loyola de Palacio, forderte der Vorsitzende der größten Fraktion im Europäischen Parlament die EU-Kommission auf, sowohl kurzfristige Lösungswege zu einer Verstetigung des Preisniveaus zu skizzieren als auch dem neu gewählten Europäischen Parlament nach der Sommerpause eine Strategie vorzuschlagen, wie die Europäische Union den wirtschaftlichen Risiken dauerhafter steigender Ölpreise begegnen könne und die Versorgungssicherheit gewährleistet werden kann. Pöttering wies auf die Gefahren weiter steigender Ölpreise für den



Hans-Gert Pöttering

so genannten „Lissabon-Prozess“ einer dynamischen europäischen Wirtschaftsentwicklung hin, sowohl für die Produktionskosten rohstoffintensiver Branchen als auch für den privaten Konsum. Es sei Aufgabe der EU-

Kommission, sowohl neue Strategien für den künftigen Umgang mit einem endlichen Rohstoff zu entwickeln als auch die außenpolitischen Konsequenzen sich ändernder Lieferströme zu berücksichtigen.

Denkbar sei dabei die Entwicklung einer Korbwährung aus US-Dollar, Euro und anderen europäischen Währungen, um den Ölpreis in der Europäischen Union besser von Schwankungen des US-Dollars abzukoppeln. Auch müsse die Europäische Union nach Wegen suchen, sich gegen mögliche Versorgungskrisen besser als bisher abzusichern.

EU-VERFASSUNG

Hans-Gert Pöttering hat Äußerungen widersprochen, wonach die Europäische Verfassung nur dann in Kraft treten kann, wenn alle 25 EU-Mitgliedstaaten ihre nationalen Ratifizierungsverfahren erfolgreich abgeschlossen haben. Pöttering vertritt die Auffassung, dass der Verfassungstext auch dann in Kraft treten sollte, wenn sich eines oder mehrere Mitgliedslän-

der dagegen entscheiden sollten. Zudem äußerte er Sympathie für den Vorschlag eines EU-weiten Referendums zum Verfassungsvertrag, „allerdings nur, wenn es in allen 25 Staaten gleichzeitig stattfindet und wenn ihm eine ausführliche Informationsphase vorausgeht“. Ausschlaggebend müsse dabei das Gesamtergebnis auf europäischer Ebene sein.

CDU fordert Verbot der Beteiligung von Parteien an Medienunternehmen

Der Bundesfachausschuss Medienpolitik der CDU Deutschlands hat auf seiner letzten Arbeitssitzung folgende Beschlüsse gefasst:

1. Der BFA unterstützt auf Basis eines gemeinsam entwickelten Konsenses aller Beteiligten eine maßvolle Anpassung der Rundfunkgebühren für die nächste Gebührenerhöhungsperiode. Es soll geprüft werden, ob eine Gebührenerhöhung unterhalb des KEF-Vorschlages möglich ist. Die Gebührenerhöhung soll spätestens zum 1. Juli 2005 in Kraft treten. Der BFA unterstützt die Bestrebungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten, weitere Einsparpotenziale mittelfristig zu benennen und umzusetzen.

2. Der BFA fordert BM Clement auf, endlich einen Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) vorzulegen, der für den Bereich der Pressefusionen eine konsensfähige Lösung anbietet, welche die publizistische Vielfalt gewährleistet, Kooperationen erleichtert und Verlagen darüber hinaus die Möglichkeit gibt, sich im verän-



Günther H. Oettinger, Vorsitzender des Bundesfachausschusses Medienpolitik

dernten nationalen Medienmarkt wirtschaftlich zu behaupten.

3. Direkte und indirekte Beteiligungen von politischen Parteien an Verlagen oder Medienunternehmen gehören, abgesehen von reinen Parteizeitungen, nicht in eine freiheitlich-demokratische Grundordnung. Das Verbot für Parteien, sich mittelbar und unmittelbar an Privatrundfunkveranstaltern zu beteiligen, soll in allen Landesrundfunkgesetzen nach dem Vorbild unter anderem der Länder Baden-Württemberg und Hessen umgesetzt werden. Ein Verbot der Beteiligung von Parteien an Medienunternehmen ist darüber hinaus im Parteiengesetz des Bundes

anzustreben. Gleichzeitig ist zu prüfen, ob durch Änderung der Landespressegesetze Parteien die Beteiligung an Verlagen und Zeitungen untersagt werden kann. Solange die Beteiligung von Parteien an Verlagen und Zeitungen nicht verboten ist, sollte durch Änderung der Landespressegesetze eine Impressumspflicht eingeführt werden, die allen Tages- oder Wochenzeitungen die regelmäßige Veröffentlichung aller Beteiligungsverhältnisse vorschreibt.

4. Der BFA erwartet, dass die aktuelle Entwicklung beim Breitbandkabel dazu beiträgt, dass Ausbau, Aufrüstung und Digitalisierung des Breitbandkabels wieder in Schwung kommen bzw. beschleunigt werden, damit das Breitbandkabel als wichtige Säule der Kommunikations-Infrastruktur in Deutschland auch internationalen Maßstäben gerecht wird. Dies ist die Basis für eine positive Entwicklung des Wirtschafts- und Medienstandorts Deutschland. Der chancengleiche und diskriminierungsfreie Zugang muss gewährleistet sein.

Zuwanderung wird gesteuert und begrenzt. Union schafft mehr Sicherheit.

Die Union will ein Zuwanderungsgesetz, dass die Zuwanderung nach Deutschland im nationalen Interesse steuert und begrenzt. Dazu gehören Regelungen in den Bereichen Arbeitsmigration und Zuwanderung aus humanitären Gründen.

Außerdem muss die Integration der hier lebenden Ausländer deutlich verbessert werden. Angesichts vielfältiger krimineller und terroristischer Bedrohungen muss ein Zuwanderungsgesetz darüber hinaus Deutschland sicherer machen. Die jetzt getroffenen politischen Abmachungen zeigen, dass unsere jahrelange Arbeit und unser zähes Verhandeln richtig waren.

1. Steuerung und Begrenzung

Gegenüber dem ursprünglichen rot-grünen Gesetzesentwurf ist die Bundesregierung jetzt auf wesentliche Forderungen zur Begrenzung und Steuerung der Zuwanderung von CDU und CSU eingegangen. Dazu zählen insbesondere:

Arbeitsmigration

a) Der Anwerbestopp bleibt grundsätzlich bestehen. Die Zuwanderung auf den Arbeitsmarkt kann nach unseren Vorstellungen gesteuert werden.

b) Im nationalen Interesse wird der Arbeitsmarkt für Hochqualifizierte, Selbstständige und Studienabsolventen geöffnet.

c) Die Zuwanderungsmöglichkeit aus demografischen Gründen ohne konkreten Arbeitsplatznachweis – das so genannte „Punktesystem“ – wird ersatzlos gestrichen.

Humanitäre Zuwanderung

Die notwendige Akzeptanz für den Schutz von politischen Flüchtlingen wird nur dann erreicht, wenn ausschließlich tatsächlich politisch Verfolgte und echte humanitäre Notfälle aufgenommen werden.

d) Die Formulierungen zum Schutz vor nichtstaatlicher und geschlechtsspezifischer Verfolgung orientieren sich eng am Wortlaut der entsprechenden Richtlinien der Europäischen Union und entsprechen damit dem Inhalt der

Genfer Flüchtlingskonvention.

e) Für die Duldung von grundsätzlich ausreisepflichtigen Ausländern wurde eine akzeptable Lösung gefunden.

f) Es wird keine Altfallregelung geben.

g) Für humanitäre besonders problematische Einzelfälle wird eine Härtefallregelung geschaffen, die nach Maßgabe der Vorstellungen der Union ausgestaltet ist. Ein neuer Rechtsweg wird nicht eröffnet.

2. Integration

h) Der Bund übernimmt die Kosten für Integrationskurse in voller Höhe. Länder und Kommunen werden so vor weiteren finanziellen Belastungen geschützt.

i) Bei willkürlicher Verweigerung der Teilnahme an einem Integrationskurs werden Sanktionen vorgesehen, und zwar bis hin zur Ablehnung einer Verlängerung der Aufenthaltserlaubnis.

j) Ein großer Erfolg für die Union ist auch die ursprünglich von Rot-Grün nicht vorgesehene Einbezie-

hung der bereits hier lebenden Ausländer, um durch diese „nachholende Integration“ Parallelgesellschaften zu vermeiden.

3. Mehr Sicherheit

Das notwendige Beharren der Union, den untrennbaren Zusammenhang zwischen Zuwanderung und Innerer Sicherheit auch bei diesem Gesetzesvorhaben beizubehalten, hat sich gelohnt. Obwohl die Grünen vor wenigen Wochen die Gespräche für beendet erklärt haben und diese Position durch einen Parteiratsbeschluss untermauert hatten, wurde jetzt von Rot-Grün zentralen Forderungen von CDU und CSU zugestimmt. Damit hat sich die Union durchgesetzt und einen substantziellen Sicherheitsgewinn für Deutschland erzielt:

k) Terrorverdächtige und Top-Gefährder können aufgrund einer tatsächengestützten Gefahrenprognose abgeschoben werden. Dagegen gibt es nur eine Rechtschutzinstanz vor dem Bundesverwaltungsgericht. Notfalls – wenn Abschiebungshindernisse bestehen – wird durch Einschränkung der Bewegungsräume, Aufenthaltskontrollen und strafbewehrte Kommunikationsver-

bote erhöhte Sicherheit erreicht.

l) Hassprediger und geistige Brandstifter können ausgewiesen werden.

m) Schleuser, die zu Freiheitsstrafen ab einem Jahr verurteilt worden sind, müssen ausgewiesen werden.

n) Vor Erteilung unbefristeter Niederlassungserlaubnisse und im Einbürgerungsverfahren erfolgt eine Regelanfrage beim Verfassungsschutz.

o) Eine Warndatei für das Visumverfahren wird auf europäischer Ebene eingerichtet. Wenn dies bis 2006 nicht erfolgt ist, entsteht die Datei auf nationaler Ebene.

4. Belastbare und verlässliche Gesetzesformulierungen

Die politische Einigung über eine substantielle Verbesserung der Sicherheitslage in Deutschland und die umfangreichen Zugeständnisse von Rot-Grün bei der Steuerung und Begrenzung von Zuwanderung sowie der Integration lassen es aussichtsreich erscheinen, einen gemeinsamen Gesetzesentwurf zu erarbeiten.

Mit der Ausformulierung des Gesetzestextes sind Bundesinnenminister Schi-

ly, der Saarländische Ministerpräsident Peter Müller und der Innenminister des Freistaates Bayern, Dr. Günther Beckstein betraut. Die Tatsache, dass die konkreten Ausformulierungen ohne Beteiligung der Grünen vorgenommen werden, ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die politischen Vorgaben von Unionsspitze und Kanzler eingehalten werden.

Endgültig entschieden wird dann im Vermittlungsausschuss (spätestens am 30. Juni 2004), wenn die die ausgearbeiteten Gesetzestexte vorliegen.



SERVICEPUNKT

■ Nachrichten direkt auf Ihre Homepage

Mit dem Start des überarbeiteten Internetauftritts www.cdu.de bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle auch einen neuen Service an. Mit einem kostenlosen Abonnement eines RSS-Newsfeeds erfahren Sie laufend, welche neuen Meldungen in unserem Angebot erscheinen. Auch dann, wenn Sie www.cdu.de gerade nicht besuchen.

Alle weiteren Infos finden Sie auf www.cdu.de unter „Service Bereich“

Kommunalwahl-Saarland

Wahl-Manifest verabschiedet

„Wir übernehmen Verantwortung für die Zukunft unseres Landes“ – unter diesem Motto steht das Wahlmanifest der CDU Saar, das auf dem kleinen Parteitag der saarländischen Christdemokraten in Saarbrücken verabschiedet wurde.

Die Union setzt sich darin für handlungsfähige und starke Kommunen im Saarland ein. Dafür notwendig ist vor allem eine vorausschauende und nachhaltig angelegte Kommunalpolitik, insbesondere durch die Ausrichtung der Politik am demographischen Wandel, dem Wohl des Gemeinwesens und an den Interessen der zukünftigen Generationen. Der CDU-Landesvorsitzende und Ministerpräsident Peter Müller und der CDU-Spitzenkandidat für das Amt des Oberbürgermeisters von Saarbrücken, Staatssekretär Josef Hecken, präsentierten das Wahlmanifest gemeinsam in Saarbrücken der Öffentlichkeit. Wahlziel ist es, bei den Kommunalwahlen am 13. Juni 2004 die Position der CDU als stärkste kommunalpolitische Kraft des Saarlandes zu festigen und auszubauen.



Josef Hecken und Peter Müller

„Nach dem Regierungswechsel vor fast fünf Jahren gibt es endlich wieder Aufbruchstimmung und Optimismus im Lande. Wir haben die Wirtschaft dieses Landes von der Konzentration auf altindustrielle Strukturen befreit und Kurs genommen auf die Wachstumsmärkte von morgen“, beschreibt Ministerpräsident Peter Müller die Lage fünf Jahre nach dem Regierungswechsel in Saarbrücken. Sein ehrgeiziges Ziel: „Wir wollen auch die Kommunen ‚fit machen‘, mit diesen Veränderungen fertig zu werden, wir wollen den Wandel gestalten und damit Zukunftsverantwortung übernehmen.“

Besondere Bedeutung kommt der Landeshauptstadt Saarbrücken zu,

schließlich soll diese „als Motor des Aufsteigerlandes Saarland“ wieder ihre Attraktivität als Wirtschafts- und Kulturstandort zurückgewinnen. „In Saarbrücken

ist in den letzten Jahren viel zu viel versäumt worden. Notwendige Entscheidungen für die Zukunft der Menschen sind immer wieder vertagt worden. Stillstand und Stagnation waren die prägenden Elemente“, berichtet der Spitzenkandidat der CDU für das Amt des Oberbürgermeisters, Josef Hecken. „Wir als CDU in Saarbrücken wollen und werden uns dieser Herausforderung stellen.“

Weitere Schwerpunkte des Wahlmanifests sind unter anderem der weitere Ausbau der kommunalen Infrastruktur, Reformen in der öffentlichen Verwaltung, eine familienfreundlichere Gesellschaft, aber auch ein Mehr an Eigenverantwortung und innerer Sicherheit.

Hamburg

Von Beust zum Bürgermeister des Jahres gekürt

Der Hamburger Regierungschef Ole von Beust ist wegen seiner Reformfreudigkeit zum Bürgermeister des Jahres gekürt worden.

Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) und das Magazin „Wirtschaftswoche“ begründeten ihre Entscheidung am Mittwoch mit der hohen Zahl der Existenzgründungen in der Hansestadt, der sinkenden Zahl der Sozialhilfeempfänger, der Verschlankung der Verwaltung und dem Leistungsangebot im Internet. „Hamburg hat seine Kommunalpolitik konsequent umgekrempelt und damit Erfolg gehabt“, sagte der Kuratoriumsvorsitzende der INSM, der ehemalige Bundesbankpräsident Hans Tietmeyer, bei der Präsentation in Berlin. Der stellvertretende Chefredakteur der „Wirtschaftswoche“, Klaus Methfessel, begründete die Preisverleihung mit den Worten: „Wer mehr Reformbereitschaft will, muss damit nicht nur im Bundestag, sondern bei den Menschen in den Städten beginnen.“ Hamburg nehme nun einen Spit-



Ole von Beust

zenwert bei den Existenzgründungen ein und bekommen die Kosten für Transferleistungen immer besser in den Griff, begründete INSM-Geschäftsführer Tasso Enzweiler die Wahl. Beispielsweise würden die Kosten im Personennahverkehr zu 82 Prozent gedeckt. Die Zielvorgabe, bei der Beantragung eines Personalausweises nicht länger als zehn Minuten warten zu müssen, werde im Durchschnitt noch unterschritten. Für Bürgeranfragen solle im September ein Callcenter eingerichtet werden. Ein positives Existenzgründerklima und solide Finanzen zeichnen den Angaben zufolge auch die Städte auf den Plätzen aus: die CDU-geführten Städte

Stuttgart unter Wolfgang Schuster und Düsseldorf unter Joachim Erwin.

Bürgermeister Botschafter der Reformpolitik

Methfessel betonte, dass bei der Auswahl der Stadt mit dem reformfreudigsten Bürgermeister nur Faktoren gezählt hätten, die diese auch selbst beeinflussen können. Als Kriterien dienten die Modernisierung der Verwaltung, die Verbesserung der Wirtschaftsförderung, die Haushaltssanierung und die Reform der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Der Auswertung zu Grunde lagen empirische Daten, eine Unternehmerbefragung, exemplarische Projekte und Interviews mit den Spitzen der Rathäuser. Tietmeyer sprach sich dafür aus, den Kommunen wieder mehr Eigenverantwortung und Gestaltungsspielraum zu geben. Die Bürgermeister seien „eine Art Botschafter der Reformpolitik und sollten auf Bundesebene entsprechendes Gewicht haben“.

Organspenden gesellschaftlich aufwerten

Die CDU-Vorsitzende Angela Merkel hat die Bürger anlässlich des Tags der Organspende zu einer erhöhten Organspendebereitschaft aufgefordert.

Die Spende sei der Ausdruck großer Solidarität und müsse auch entsprechend gewürdigt werden. Als Zeichen ihrer Unterstützung und um mit gutem Beispiel voranzugehen unterzeichnete Merkel ihren eigenen Organspendeausweis.

Gemeinsam mit Professor Günter Kirste, Vorstand der Deutschen Stiftung Organspende, und Julia Klöckner, zuständige Unionsberichterstatterin in der Enquete-Kommission „Ethik und Recht der modernen Medizin“, wies Merkel auf die zu geringe öffentliche Diskussion der Organspende hin. „Organspende ist ein Thema, das nur gemeinsam zum Erfolg führen kann. Hier sind Medizin, Medien und Politik gefragt“, so Merkel. Besonders hervorzuheben sei hier auch die Funktion der Krankenkassen. Im Bereich der Information hätten sie eine wichtige Funktion. Eine Studie habe ergeben, dass 60 Prozent der Befragten ihre Organe zur Verfügung stellen würden. Dennoch hätten



Günter Kirste, Angela Merkel und Julia Klöckner

nur 12 Prozent einen entsprechenden Ausweis. „Diese Diskrepanz ist auch auf die mangelnde Information und Diskussion zurückzuführen“, sagte Merkel.

Deutliche Verbesserungen im Bereich der Krankenhäuser forderte Günter Kirste. Nur 40 Prozent der Krankenhäuser würden für eine Spende in Frage kommende Patienten mit Hirntod weitermelden. „Viel zu wenige“, so Kirste. Der Vorsitzende der Deutschen Stiftung Organspende forderte die Bevölkerung auf, sich frühzeitig mit diesem Thema zu beschäftigen. „Damit werden dann auch die Angehörigen unterstützt“, indem sie schlussendlich nicht selbst die Entscheidung über eine Spende treffen müssten.

Scharfe Kritik an der Bundesregierung übte Julia Klöckner. Die Kürzung der Mittel

bei der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung verhindere Fortschritte bei der Zahl der Organspender. „Es ist wichtig, dass die Menschen, die bereit sind zu spenden, auch abgeholt werden.“ Im Hinblick auf das Transplantationsgesetz von 1997 sei es an der Zeit nachzufragen, ob das formulierte Ziel „Organspende als Gemeinschaftsaufgabe“ erreicht worden sei. CDU und CSU hätten sich daher mit Nachdruck für die Aufnahme des Themas in die Enquete-Kommission eingesetzt. Für die Union formulierte Klöckner drei vorrangige Ziele: 1. Es müsse regelmäßig und öffentlich Aufklärungsarbeit stattfinden. 2. Jedes Bundesland muss verpflichtet werden, Transplantationsbeauftragte zu benennen. 3. Die Krankenhäuser müssen verstärkt mit einbezogen werden.

Grüne täuschen Verbraucher über grüne Gentechnik

Erklärung zur aktuellen Diskussion über Grüne Gentechnik:

Die initiierte Kampagne der Grünen zielt darauf ab, Gentechnik zu stigmatisieren und schon vorhandene Verunsicherungen zu stärken. Sie entbehrt jeder sachlichen Grundlage und befindet sich abseits von allen wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Diese ideologisch ablehnende Haltung ist einer Partei, die sowohl im Bund wie auch in Ländern Regierungsverantwortung trägt, nicht angemessen.

So erklärt Bärbel Höhn, Umweltministerin in Nordrhein-Westfalen, die Risiken seien „völlig ungeklärt“. Aber nach derzeitigem weltweit erarbeiteten wissenschaftlichen Stand geht keine Gefahr vom Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen aus. Vielmehr werden diese Organismen vor ihrer Zulassung auf ihre Verträglichkeit für Mensch und Umwelt umfassend untersucht.

Ebenso falsch ist der Vorwurf, die CDU/CSU blockiere im Bundesrat das neue



Helmut Heiderich



Ursula Heinen

Gentechnikgesetz und damit die Koexistenz. Leider kennen die Kollegen von Bündnis 90/Die Grünen das parlamentarische Gesetzgebungsverfahren nicht. Denn gerade Bundesministerin Künast hat unnötige Verzögerungen verursacht, weil sie fast zwei Jahre das notwendige Gesetz nicht im Bundestag eingebracht hat.

Auch der Vorwurf, unionsregierte Länder führten mit den Freilandversuchen in sieben Bundesländern die Gentechnik durch die Hintertür ein, geht ins Leere: Das SPD/PDS-regierte Mecklenburg-Vorpommern und das CDU/SPD-regierte Brandenburg sind beteiligt. Vielmehr hat Frau Künast im Frühjahr 2004 sieben Sorten Bt-Mais vorab zugelassen und damit den Erprobungsanbau ermöglicht.

Selbst bei der Europawahl werben die Grünen mit falschen Wahlplakaten:

„Good Food statt Gen-Food“ impliziert, dass gentechnisch veränderte Pflanzen schlecht und unsicher seien – eine Beleidigung aller, auch Bundesministerin Künast unterstehenden, Behörden, welche durch intensive Sicherheitsüberprüfung genau dies ausschließen.

Auch das Auskunftsbegleichen über die konkrete Lage des Erprobungsanbaus ist heuchlerisch. Nach den Zerstörungen der letzten Freilandversuche, bei denen auch Forschungsversuche der Bundesregierung gezielt verwüstet wurden, ist die Angst vor neuen Zerstörungen begründet. Verständlich, dass die Beteiligten die Standorte nicht veröffentlichen wollen. Dies hat die Bundesregierung selbst mitverschuldet.

Überdies besteht bei privaten Anbauflächen nach dem Saatgutverkehrsgesetz

keine Pflicht zur Veröffentlichung der Standorte. Dies sollte der Bundesregierung bekannt sein. Sie sollte daher vom Auskunftsbeghären von Greenpeace Abstand nehmen anstatt es zu unterstützen.

Vielmehr müssen sich die Grünen einschließlich Bundesministerin Künast fragen lassen,

- warum sie transparente Erprobungsanbauten zur Klärung schwieriger Fragen noch nicht zugelassen haben,

- weshalb die Bundesministerin in inkonsequenten Kennzeichnungsregelungen im Ministerrat mitgetragen hat,

- weshalb die Bundesministerin der Zulassung von Bt 11 – Mais in Brüssel nicht widersprochen hat

- und weshalb die Bundesregierung nicht schon längst eine sachliche Aufklärungskampagne über Chancen und Risiken der Grünen Gentechnik gestartet hat.

Dies sind die entscheidenden Punkte, wenn einem wirklich an Wahlfreiheit der Verbraucher gelegen ist. So aber betreiben die Grünen und ihre Hilfstruppen in ihrem Windschatten bewusste Verbrauchertäuschung.

Helmut Heiderich ist der Fraktionsbeauftragte für Bio- und Gentechnologie

und **Ursula Heinen** ist die Beauftragte für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rot-Grün muss Kulturarbeit wieder ernst nehmen

Stellungnahme anlässlich der ersten Lesung des Antrages der Unionsfraktion „Das gemeinsame historische Erbe für die Zukunft bewahren“ (Drucksache: 15/2819) im Deutschen Bundestag:

Seit Jahren kommt die rot-grüne Bundesregierung ihren Verpflichtungen aus

RECHTSBEUGUNG IM KANZLERAMT?

Die Unionsfraktion hat eine Kleine Anfrage zum Verdacht des Verstoßes gegen den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf rechtliches Gehör und den Grundsatz des fairen Verfahrens durch den Chef des Bundeskanzleramtes, Staatssekretär Steinmeier, sowie den Vorermittlungsführer Hirsch und die Kenntnisse von Bundeskanzler Schröder von diesen Vorgängen beschlossen. Die bisher gewonnenen Erkenntnisse in

der Schröder/Steinmeier/Hirsch-Affäre führen zu einem schwerwiegenden Vorwurf: Strafrechtlich steht der Verdacht des Verbrechens der Rechtsbeugung (§ 339 StGB) sowie die Verletzung der Verschwiegenheitspflicht in dienstlichen Angelegenheiten (§ 203 StGB) im Raum. Es besteht unter anderem der schwerwiegende Verdacht, dass Staatssekretär Steinmeier als verantwortlicher Dienstvorgesetzter und der Vor-

ermittlungsführer Hirsch im Zuge der Ermittlungen im Bundeskanzleramt wegen angeblich unzulässiger Aktenvernichtungen und Datenlöschungen willkürlich den verfassungsrechtlich garantierten Anspruch auf rechtliches Gehör missachtet haben, um die frühere Bundesregierung öffentlichkeitswirksam an den Pranger stellen zu können. Auf diese Weise sollte vom eigenen rot-grünen Regierungsversagen abgelenkt werden.

§ 96 Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz (BVFG) nicht nach. Die so genannte Neukonzeption der Bundesregierung zur Vertriebenen-kulturarbeit wird seit Jahren lediglich dazu genutzt, die Haushaltsansätze zu reduzieren und die Heimatvertriebenen und ihre Organisationen aus der Mittelbewirtschaftung auszuschließen.

Seit 1999 wurden die Etatsansätze für die Aufgaben des § 96 BVFG um rund 40 %, von 25 Mio. Euro auf 15 Mio. Euro, reduziert.

Größte Streichposition war dabei die wichtige kulturelle Breitenarbeit der Vertriebenen. Damit beschreitet Rot-Grün fortlaufend den Weg von einer lebendigen Kulturarbeit hin- ein ins Museum.

Das Ziel einer lebendigen Volks- und Alltagskultur wird von der Bundesregierung offensichtlich nicht verfolgt. Die regionalspezifische und vielfältige Struktur einer dezentralen Kulturarbeit wurde aufgegeben.

Und angesichts der erfolgten Osterweiterung der Europäischen Union ist es nicht zu verstehen, dass die rot-grüne Bundesregierung für die grenzüberschreitende Kulturarbeit keine Mittel mehr vorsieht.

Mit ihrem Antrag fordert die CDU/CSU-Bundestags-



Erwin Marschewski

fraktion die rot-grüne Bundesregierung auf, eine Neukonzeption ihrer Neukonzeption der Kulturarbeit nach § 96 BVFG vorzunehmen. In diese Konzeption sollen:

- die kulturschaffenden Einrichtungen der Heimatvertriebenen einbezogen werden,
- im grenzüberschreitenden Austausch mit den Partnern in Europa das gemeinsame kulturelle Erbe gesichert und zukunftsgerichtet

weiterentwickelt werden, eine Förderstruktur geschaffen werden, die dieser Kultur von nationalem Rang entspricht.

Erwin Marschewski ist der Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Vertriebene und Flüchtlinge“ der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

Rot-grüne Verzögerungstaktik bei Graffiti-Bekämpfung

Erklärung zu den aktuellen Protesten von Betroffenen aus allen Regionen der Bundesrepublik und zu dem von Rot-Grün im Bundestag verschleppten Verfahren des Graffiti-Bekämpfungsgesetzes:

Seit Jahren verzögert die Koalition eine Verbesserung der Rechtslage in der Graffiti-Bekämpfung. Jetzt

MITMACHEN UND GEWINNEN!

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bietet auf www.durchklick.de ein neues Quiz an. Testen Sie Ihr Wissen über die CDU und die deutsche Geschichte. In unregelmäßigen Abständen läuft das Quiz für einen begrenzten Zeitraum als Gewinnspiel. Wer in-

nerhalb dieses Zeitraums die höchste Punktzahl erreicht, gewinnt einen Sachpreis. Der Gewinner kann aus einer Reihe von verschiedenen Büchern und Multimediaangeboten rund um die Politik und die Bundeshauptstadt Berlin wählen.

hindern offensichtlich die anstehenden Kommunal- und Landtagswahlen die Bundesregierung daran, eindeutig Stellung zu beziehen. Wie bereits in der letzten Legislaturperiode (1998-2002) wird erneut eine Lösung verhindert. Die rot-grünen Strategen verstricken sich vielmehr in überholten ideologischen Diskussionen.

Dabei liegt klar auf der Hand, dass schon zur Erhaltung des Vertrauens in unsere Rechtsordnung dringend gehandelt werden muss. Der angerichtete Schaden wächst täglich um ca. eine halbe Mio. Euro an. Allein die deutschen Kommunen beseitigen jährlich Graffiti für weit über 200 Mio. Euro – die unbeseitigten Schäden nicht eingerechnet. Die Auswirkungen auf den Immobilienmarkt und die verheerenden sozialen und städtebaulichen Folgen der Graffiti-schmierereien sind ausführlich dokumentiert und veröffentlicht.

Dem wachsenden Unmut und der Unsicherheit in der Bevölkerung steht bis heute ein nicht ausreichendes Strafrecht gegenüber. Da ertrappte Graffiti-schmierer keine ernsthaften Sanktionen fürchten müssen, bleibt auch die



Peter Götz

Aufklärungsrate erschreckend gering.

Die von der Union seit langer Zeit geforderte unmissverständliche strafrechtliche Einordnung von Graffiti-schmierereien muss dabei auch als Facette einer Gesamtstrategie gesehen werden. Diese richtet sich gegen zunehmenden Vandalismus und andere Übergriffe in unseren Städten und Gemeinden. Es geht um die Deutlichmachung gesellschaftlicher Übereinkünfte, wie der Achtung vor den Rechten anderer.

Während Rot-Grün vor diesen Entwicklungen und Gefahren kapituliert, fordert die Union ein rasches und effektives Vorgehen. Die Ergänzung des Strafgesetzbuches ist längst überfällig.

Peter Götz ist der kommunalpolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.

ABSCHAFFUNG AUF RATEN FÜR DIE ZVS

Die bildungspolitische Fraktionssprecherin, Katherina Reiche, erklärte zur Herausnahme der BWL aus dem ZVS-Verfahren:

Die Herausnahme der Studienplätze für BWL aus dem ZVS-Verfahren ab dem Sommersemester 2005 ist ein gutes Signal für Studierende und Hochschulen in Deutschland. Sie bringt wieder ein Stück mehr Autonomie und Freiheit für die Hochschulen. Die deutsche Hochschullandschaft braucht dringend Reformen. Eine der wichtigsten ist die Stärkung der Selbstauswahl. Die Hochschulen müssen sich für ihre Studiengänge die geeignetsten Bewerber aussuchen dürfen, die Studierenden sich im Gegenzug die Hochschulen und Studiengänge, die am besten auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind. Die Zwangsverteilung nach dem ZVS-Verfahren passt nicht mehr in unsere Zeit. Die ZVS in ihrer jetzigen Form muss abgeschafft werden. Sie kann zu einer Serviceeinrichtung für die Länder und Hochschulen werden.

14. Berliner Theologisches Gespräch

„Grenzen der pluralen Gesellschaft – welche Werte sind für uns verbindlich?“

Unter diesem Thema fand das 14. Berliner Theologische Gespräch statt, zu dem der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU (EAK) in das Foyer des Konrad-Adenauer-Hauses geladen hatte.

Welche Rolle sollen christliche Werte in unserer Gesellschaft zukünftig spielen? Wie kann das Miteinander der Religionen in der Bundesrepublik zum Vorteil aller fortentwickelt werden? Dies waren nur einige der Fragen, mit denen sich die Diskutanten auseinandersetzten.

Nach der Begrüßung durch den EAK-Bundesvorsitzenden, Thomas Rachel MdB, erörterte zunächst Dr. Werner Thiede das Thema aus theologischer Sicht. Seiner Ansicht nach drohe jedem Wertpluralismus die indirekte, wenn auch nicht offensichtliche Gefahr eines Wertewandels, mit dem längerfristig ein Verfall freiheitlicher Grundwerte einhergehe. Einen Schutz gegen diesen schleichenden Werteverfall biete nur eine engagierte Besinnung auf den Grundwert unserer Gesellschaft, nämlich auf die



religiös fundierte Menschenwürde. Da die Beantwortung der Frage, welche Werte gesellschaftlich verbindlich seien, von einer positiven bzw. negativen Glaubbenseinstellungen abhängen, müssten sich nach Auffassung des systematischen Theologen aus Erlangen die Kirchen engagiert in die Wertediskussion einbringen.

Andere Akzente setzte Basam Tibi in seinem Einführungreferat. Der Göttinger Hochschullehrer stellte die Wertedebatte vor allem vor dem Hintergrund der Einwanderungspolitik dar. Wer seiner Meinung nach für Einwanderung eintrete, die im Gegensatz zur Zuwanderung kein chaotischer, sondern ein rechtlich und institutionell geregelter Prozess sei, der müsse auch für eine Integration der Zugewanderten sein, denn nur so

könnten diese zu Bürgern als Mitglieder des Gemeinwesens werden. Eine Integrationspolitik hätte jedoch nur dann Erfolg, so Tibi weiter, wenn es einen Konsens über eine zivilgesellschaftliche Werteorientierung gebe, die auch als europäische Leitkultur bezeichnet werden könne. Damit demokratiefeindlichen Kräften, wie z.B. Islamisten oder Djihadisten, in Deutschland kein Nährboden bereitet werde, plädierte Tibi für ein Konzept des so genannten Euro-Islam. Eine solche reform-islamische Interpretation des Islam müsse europäische Werte enthalten, die auch islamistisch begründet werden könnten.

Für die fast 200 Teilnehmer der Veranstaltung war es ein interessanter Abend, der traditionell mit einem Empfang ausklang.

Senioren Union

Unterstützung für Köhler beim Generationenausgleich



Otto Wulff

Die Senioren Union der CDU Deutschlands hat das Bekenntnis des neu gewählten Bundespräsidenten Horst Köhler zum Ausgleich der Generationen begrüßt.

„Es war wichtig und richtig, dass der neue Bundespräsident ein gutes Verhältnis zwischen den Generationen ausdrücklich als eines der wesentlichen Ziele seiner Amtszeit bezeichnet hat“, erklärte der Bundesvorsitzende der CDU-Senioren-Organisation, Otto Wulff. „Der Präsident kann dabei auf allen Ebenen auf die Unterstützung der Seniorinnen und Senioren zählen. Unsere Gesellschaft braucht den Ausgleich von Alt und Jung, nicht aber eine

ständige Auseinandersetzung zwischen den Generationen.“

Nachdrücklich werden von der Senioren Union auch Köhlers Aussagen für einen Vorrang der Familienpolitik, ein kinderfreundlicheres Deutschland und eine bessere Vereinbarkeit von Familie

und Beruf für die Frauen unterstützt. Wulff: „Professor Köhler hat zu einem Ideenwettbewerb für das Deutschland des 21. Jahrhunderts aufgerufen. Gerade in diesen Bereichen werden wir Senioren uns mit Initiative und Tatkraft an diesem Wettbewerb beteiligen.“

BUNDESPRÄSIDENTIALAMT

Neuer Leiter des Bundespräsidialamtes wird der Vorsitzende der deutschen Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ zur Entschädigung von NS-Opfern, Michael Jansen.

Seine „breite“ berufliche Erfahrung werde den 63-Jährigen Juristen zu einem „exzellenten“ Leiter des Bundespräsidialamtes machen, zeigte sich Horst Köhler überzeugt. Michael Jansen war 18 Jahre im Auswärtigen Amt mit Stationen in Brüssel, Madrid und Caracas tätig. 1990 wechselte er in die Wirtschaft und wurde Generalbevollmächtigter der Degussa

AG. Dort war er vor allem für die weltweite Steuerung des Vertriebs zuständig. Im Herbst 2000 wurde er zum Vorsitzenden der Stiftungsinitiative der deutschen Wirtschaft gewählt. Jansen ist verheiratet und Vater von drei Söhnen. Der Chef des Bundespräsidialamtes ist dem Protokoll nach der ranghöchste beamtete Staatssekretär des Landes. CDU-Mitglied Jansen hat ein ständiges Teilnahmerecht an Sitzungen des Bundeskabinetts und nimmt als Beobachter auch an Sitzungen des vertraulich beratenden Bundessicherheitsrats teil.

Buchvorstellung

„Offen will ich sein – und notfalls unbequem“

Unter diesem Buchtitel gibt der designierte Bundespräsident Horst Köhler Einblicke in sein Amtsverständnis und stellt seine politischen Wegbegleiter, Freunden, Familie und Vorbildern der Öffentlichkeit vor.

Wer das Buch liest, lernt aber auch den privaten Horst Köhler kennen. Um sich fit zu halten, joggt er zwei Mal pro Woche und dies will er auch beibehalten. Der 61-Jährige wandert gern, fährt Ski und hat mit Ehefrau Eva, mit der er seit 35 Jahren verheiratet ist, angefangen Golf zu spielen. Auf die Opern in Berlin freut sich das künftige Staatsoberhaupt ganz besonders.

Im Mittelpunkt seiner Tätigkeit als Bundespräsident wird das Werben um Vertrauen stehen. Dafür will er Anstöße geben, den Dialog suchen und die Bürger auch auf notwendige Reformen vorbereiten. „Die Menschen sollen spüren, hier kümmert sich einer“, hofft Horst Köhler, der sein Amt am 1. Juli von Johannes Rau übernimmt. Deshalb wolle

er zuhören, aber auch rechtzeitig das Wort erheben. Seine mit großen Emotionen verbundene Rede vor der Bundesversammlung war nur ein erster Schritt. Besonders wichtig ist ihm eine Wertediskussion, „denn die Ökonomie könne nicht alles sein“, so der promovierte Volkswirt.

„Ich trete aber nicht als einer auf, der alles besser weiß“, ergänzte Horst Köhler.

Für Deutschland sieht Horst Köhler einen enormen Reformbedarf. Dies erfordere das „Bohren von dicken Brettern“, meinte er. Das künftige Staatsoberhaupt betonte aber auch: „Unsere Probleme sind lösbar.“ Angela Merkel traut er die Lösung zu: „Ich gehe sicher nicht zu weit, wenn ich sage: Natürlich kann eine Partei- und Fraktionsvorsitzende auch eine gute

Bundeskanzlerin werden, die Deutschland aus seiner Malaise herausführt.“ Mit ein paar kleinen Korrekturen sei es nicht getan. Besonders am Herzen liegt Horst Köhler die Situation in den neuen Bundeslän-



dern. „Es ist vieles erreicht worden. Daher ist es falsch, irreführend, fast beleidigend, dass der Aufbau Ost dauernd abgemeiert wird.“ Optimismus könnten die Deutschen vor allem von den Amerikanern lernen, gibt Horst Köhler seinen Landsleuten mit auf den Weg. So hat er sich als Motto für die kommenden fünf Jahre „Ermutigen, ermuntern und nicht Pessimismus streuen!“ auserkoren.

„Horst Köhler „Offen will ich sein – und notfalls unbequem“ – Ein Gespräch mit Hugo Müller-Vogg.“ Hoffmann und Campe, 224 Seiten, 17,90 Euro.

Der neue Bierdeckel ist da!



Bierdeckel

Bestell-Nummer: **9292**

Preis je 600 Stück: **15,90 €**

inkl. MwSt.: 18,44 €

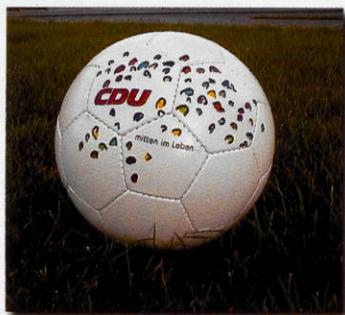


Fußball-EM-Kalender 2004

Bestell-Nummer: **9653**

Preis je 100 Stück: **5,00 €**

inkl. MwSt.: 5,80 €



Lederfußball

Bestell-Nummer: **9614**

Preis je 1 Stück: **13,20 €**

inkl. MwSt.: 15,31 €

Kleiner Ball – in 2 versch. Farben

20 Bälle im Netz inkl. einer Ballpumpe.

Bestell-Nummer: **9823**

Preis je 20 Stück: ~~10,00 €~~ **25,88 €**

inkl. MwSt.: ~~122,80 €~~ **29,99 €**



UID

Union Betriebs GmbH
Postfach 1190
53348 Rheinbach
PVSt. Deutsche Post AG
Entgelt bezahlt.

Danke für Ihr Vertrauen

Überkleber „Danke für Ihr Vertrauen“

42,5 cm x 15 cm
Bestell-Nummer: **8196**
Preis je 250 Stück: **20,20 €**
inkl. MwSt.: 23,43 €

BESTELLANSCHRIFT

arvato logistics services
Bertelsmann-Versandzentrum
Postfach 1162, 33759 Versmold
Telefax 05241-804 1892
e-mail:
cdu-shop@bertelsmann.de